



# Kompendium globaler Ungleichheit

Der Bericht über die menschliche Entwicklung 2005

*JENS MARTENS*

Am 7. September 2005 veröffentlichte das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme, UNDP) seinen diesjährigen Bericht über die menschliche Entwicklung (Human Development Report, HDR). Er trägt den Titel „Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt“. UNDP präsentierte den Bericht bewusst eine Woche vor dem Millennium+5-Gipfel der Vereinten Nationen. Er sollte den Staats- und Regierungschefs kurz vor dem Gipfel nochmals die Dramatik der weltweiten sozialen Probleme vor Augen führen und sie zu raschen und drastischen Veränderungen in der globalen Entwicklungs-, Handels- und Sicherheitspolitik aufrufen. Der Bericht untermauert seine Forderungen mit konkreten Fallbeispielen und aktuellen Länderdaten, die zeigen, dass es bei der Bekämpfung der Armut und der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) in vielen Ländern nur geringe Fortschritte gegeben hat. In fünfzig Ländern sind bei mindestens einem der Ziele sogar Rückschritte zu verbuchen. Besonders stark betroffen sind die Länder des südlichen Afrikas, in denen die HIV/AIDS-Pandemie inzwischen gravierende ökonomische und soziale Auswirkungen hat. Die Autoren betonen in ihrem Bericht aber auch die Probleme wachsender Ungleichheit innerhalb und zwischen den Ländern. Nur wenn der ungleiche Zugang zu Ressourcen und die ungleiche Machtverteilung innerhalb der Länder und zwischen ihnen korrigiert werden, könne es zu dauerhaften Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung kommen. Bisher hätten die MDGs in Fragen der Verteilung einen „blinden Fleck“.

## 1 Hintergrund

Der Bericht über die menschliche Entwicklung erschien erstmals im Jahr 1990, damals unter der Leitung von Mahbub ul Haq und Inge Kaul. Mit seinem expliziten Fokus auf das Konzept der *menschlichen* Entwicklung sahen viele in ihm ein Konkurrenzprojekt zum Weltentwicklungsbericht der Weltbank, der Probleme der *wirtschaftlichen* Entwicklung und des Wachstums in den Mittelpunkt stellte. Geprägt wurde der HDR maßgeblich von den Arbeiten Amartya Sens über Armut und Ungleichheit. Der HDR beeinflusste den entwicklungspolitischen Diskurs erheblich. Er beteiligte sich aktiv an der Debatte darüber, wie Armut, Entwicklung und die Gleichstellung der Geschlechter definiert und gemessen werden können. In diesem Zusammenhang konzipierte er eine Reihe neuer Entwicklungsindizes, allen voran den Human Development Index (HDI). Er misst Entwicklung nicht nur am Pro-Kopf-Einkommen sondern berücksichtigt zusätzlich Gesundheits- und Bildungsindikatoren. Zugleich bezog der HDR klare politische Positionen. Er prangerte immer wieder die Folgen neoliberaler Strukturanpassungspolitik an und erinnerte die Industrieländer an ihre entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Verpflichtungen. Er kritisierte aber auch falsche Prioritätensetzungen in den Ländern des Südens und geriet dadurch immer wieder unter den Beschuss von Regierungen. Gelegentlich brachte der HDR neue Themen in die internationale Debatte und hatte damit eine Trendsetterfunktion. Ein Beispiel dafür ist der Vorschlag James Tobins für eine Devisenumsatzsteuer, den der HDR bereits 1994 präsentierte.

In den letzten Jahren waren die Aussagen des HDR weniger kontrovers und - insbesondere im Jahr 2003 - stark vom Diskurs über die MDGs bestimmt. Seit 2002 kam es zu einer engen Ko-

operation zwischen dem UN-Millennium Project unter Leitung von Jeffrey Sachs und dem Büro des HDR, die manche NGOs, wie das Third World Network, misstrauisch verfolgten. Sie kritisieren Sachs' technokratisch anmutendes Entwicklungsverständnis, das stark an die modernisierungstheoretischen Konzepte der 1950er und 1960er Jahre erinnert.

Zugleich näherten sich Weltbank und UNDP unter ihren Leitern James Wolfensohn und Mark Malloch Brown politisch und programmatisch aneinander an. Damit schien auch die alte Rivalität zwischen HDR und Weltentwicklungsbericht (WDR) überwunden zu sein. Der jüngste WDR 2006 betont demonstrativ die Bedeutung des UNDP-Berichts und seines Konzepts der menschlichen Entwicklung. Er wies zwar darauf hin, dass dieser Begriff von der Weltbank bereits in ihrem WDR 1980 verwendet wurde, stellte dann aber fest:

*„UN agencies - notably the UNDP in their series of Human Development Reports - later took the lead in putting these concerns at the center of the development agenda. In this, they have been followed (rightly) by the whole development community.“*

Im Jahr 2004 erhielt der HDR mit Kevin Watkins einen neuen Direktor und leitenden Autoren. Watkins war jahrelang hochrangiger Mitarbeiter der britischen Entwicklungs-NGO Oxfam und ein einflussreicher Vordenker in der internationalen NGO-Gemeinde. Viele Beobachter erwarteten mit Spannung, ob und wie sich dieser Wechsel auf das Profil und die inhaltliche Ausrichtung des HDR auswirkte.

Kevin Watkins startete seine Arbeit für den HDR ehrgeizig. Er griff in seinem ersten Bericht gleich alle drei Themenbereiche auf, die 2005 die zwischenstaatliche Agenda bestimmen: Entwicklung,

Sicherheit und Handel. Mit dem Bericht wollte Watkins den politischen Druck auf die Regierungen erhöhen, beim UN-Gipfel in New York und später bei der WTO-Ministertagung in Hongkong zu konkreten Beschlüssen zu kommen. Auch deswegen hatte er den Termin der Veröffentlichung des Reports, der normalerweise im Juli liegt, auf die Woche vor dem New Yorker Gipfeltreffen verschoben. Watkins wollte damit zweifellos das politische Profil des HDR schärfen.

Die politischen Empfehlungen des UNDP-Berichts basieren auf seinen umfangreichen statistischen Informationen. Die differenzierten Zahlen über die soziale Entwicklung in 175 Ländern der Erde bilden das Rückgrat des Berichts und untermauern seine inhaltlichen Aussagen. In vielen Ländern des Südens werden diese Zahlen als die eigentliche Hauptbotschaft des HDR wahrgenommen.

## 2 Die Hauptbotschaften des Berichts

Die Fortschritte bei der Verwirklichung der MDGs sind nach dem Urteil des Berichts über die menschliche Entwicklung 2005 „deprimierend“ [S. 2]. Die Mehrheit der Länder liegt hinter den meisten Zielvorgaben zurück, in einigen Schlüsselbereichen ist die menschliche Entwicklung ins Stocken geraten, und ohnehin tiefe Ungleichheiten vergrößern sich noch weiter. Zwischen den hohen Ansprüchen der Millenniumserklärung und den tatsächlichen Fortschritten tut sich eine immer größere Kluft auf. *„Das Versprechen gegenüber den Armen der Welt wird nicht eingelöst“* [S. 2].

Diese Analyse ist nicht sonderlich originell, sondern bestätigt lediglich die zahlreichen Untersuchungen und Berichte, die zu diesem Thema in den letzten Monaten erschienen sind, insbesondere den Bericht des Millennium-Projekts („Sachs-Report“)<sup>1</sup>, den Bericht Kofi Annans „In größerer Freiheit“<sup>2</sup> und den jüngsten Jahresbericht der UN über die Umsetzung der MDGs<sup>3</sup>. Komplementär zu diesen Berichten untermauert der HDR seine Aussagen mit aktuellen Zahlen:

- Im Jahr 2015 würden nach dem gegenwärtigen Trend 827 Mio. Menschen in extremer Armut leben.
- Fünfzig Länder fallen bei mindestens einem der MDGs zurück.
- Weitere 65 Länder riskieren, dass sie mindestens eines der MDGs nicht vor dem Jahr 2040 erreichen werden.

- In 18 Ländern liegt der Human Development Index (HDI) heute niedriger als 1990, als er erstmals ermittelt wurde. 12 dieser Länder liegen in Afrika, die anderen sechs gehören zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).
- Besondere Rückschläge haben die Länder des südlichen Afrikas zu verzeichnen. Südafrika fiel seit 1990 in der HDI-Rangliste um 35 Plätze zurück, Simbabwe um 23 und Botswana um 21 Plätze.
- Die 24 Länder mit dem niedrigsten HDI liegen allesamt in Afrika, das Schlusslicht bildet Niger.
- Norwegen steht an der Spitze der HDI-Rangliste, gefolgt von Island, Australien, Luxemburg und Kanada.

Der HDI beschränkt sich nicht auf die Länder des Südens sondern spiegelt auch die Situation menschlicher Entwicklung im Norden wider. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Entwicklung des deutschen HDI: In der HDI-Rangliste sank Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre mit kurzen Unterbrechungen kontinuierlich ab und erreichte 2005 nur noch den 20. Platz, hinter Neuseeland und vor Spanien, Hongkong und Israel.

## Wachsende Ungleichheit

Der HDR liefert nicht nur die absoluten Zahlen und Indikatoren menschlicher Entwicklung sondern stellt diese Zahlen auch in Beziehung zueinander. Auf diese Weise zeichnet er ein Bild wachsender Ungleichheit. Die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich nimmt immer mehr zu. Die reichsten 500 Einzelpersonen der Welt verfügen gemeinsam über ein größeres Einkommen als die ärmsten 416 Millionen [S. 5]. Die 2,5 Mrd. Menschen, die von weniger als zwei US-Dollar am Tag leben müssen, das sind 40 Prozent der Weltbevölkerung, haben nur einen Anteil von fünf Prozent am weltweiten Einkommen. Der Anteil der reichsten zehn Prozent beträgt dagegen 54 Prozent.

Das Problem ist jedoch nicht nur die Ungleichheit zwischen den Ländern. Der HDR weist darauf hin, dass sich in den letzten zwei Jahrzehnten auch die Ungleichverteilung des Einkommens (gemessen am Gini-Koeffizienten) innerhalb vieler Länder vergrößert hat. Von den 73 Ländern, für die Zahlen vorliegen, verzeichneten 53 (mit über 80 Prozent der Weltbevölkerung) eine Zunahme der Ungleichverteilung. In lediglich neun Ländern (mit rund vier Prozent der Weltbevölkerung) hat sich das Wohlstandsgefälle zwischen Arm und Reich reduziert. Besonders groß sind die Gegensätze in Namibia, Brasilien,

<sup>1</sup> Millennium Project 2005.

<sup>2</sup> UN Secretary-General 2005.

<sup>3</sup> UN 2005b.

Südafrika, Chile und Simbabwe. Auch in Ländern, die ein hohes Wirtschaftswachstum aufweisen, sind die sozialen Disparitäten weiterhin groß. In China liegt beispielsweise der HDI in der westliche Provinz Guizhou bei 0,64 (und damit knapp über dem Wert Namibias), während er in Shanghai 0,89 beträgt und damit ungefähr auf der Höhe Portugals liegt.

Das Problem sozialer Ungleichheit betrifft nicht nur die Länder des Südens. So beschreibt der UNDP-Bericht exemplarisch die Folgen von Diskriminierung und sozialer Ungleichheit auf die Gesundheitsversorgung in den USA. 45 Millionen Amerikaner hatten 2003 keinen Krankenversicherungsschutz. Von den Afroamerikanern waren es 21 Prozent, von den Hispanoamerikanern sogar 34 Prozent. Dagegen waren von den weißen Amerikanern nur 13 Prozent nicht krankenversichert. Als eine Folge war die Kindersterblichkeitsrate bei Afroamerikanern doppelt so hoch wie bei weißen US-Bürgern. Die USA, so das Resümee von UNDP, verfügten zwar über medizinische Spitzentechnologien und moderne Therapiemöglichkeiten, die sozialen Ungleichheiten begrenzten aber die Reichweite des medizinischen Fortschritts erheblich.

Der UNDP-Bericht kritisiert in deutlichen Worten, dass sich die Politik bei der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele bislang zu wenig mit Fragen der Ungleichverteilung von gesellschaftlicher Macht, Einkommen und Vermögen befasst habe. Die auf menschliche Entwicklung gerichteten Strategien müssten daher künftig die Verteilung in den Mittelpunkt stellen [S. 91]. In die Pläne zur Verwirklichung der MDGs müssten Maßnahmen zur Überwindung extremer Ungleichheiten aufgenommen werden. Dies schließt auch Transferleistungen des Staates an die Armen ein. Eine notwendige Voraussetzung dafür wäre allerdings die Fähigkeit des Staates, zusätzliche Einnahmen, insbesondere in Form von Steuern, zu erzielen. Diese Fähigkeit müsste in vielen Ländern des Südens erheblich ausgebaut werden. Die MDG-Agenda müsse künftig über nationale Durchschnitte hinausblicken und sich mit den strukturellen Ungleichheiten befassen, die mit Reichtum, Geschlecht, Wohnort und Vermögenswerten zusammenhängen. Die Forderung des UNDP-Berichts lautet daher:

*„Die Regierungen sollten sich ausdrücklich auf konkrete Einzelziele für geringere Ungleichheit und ausgewogenere Chancen verpflichten, zusätzlich zu den aggregierten Zielen der MDGs“ [S. 91].*

Der UNDP-Bericht macht sehr deutlich, dass diese Aufgaben in erster Linie in der Verantwortung der einheimischen Regierungen liegen. Zur Überwindung der internationalen Ungleichheiten sei

aber auch verstärktes internationales Handeln dringend erforderlich. Aus diesem Grund legt der HDR seinen Schwerpunkt auf die Entwicklungshilfe, die Handelspolitik und die internationale Antwort auf gewaltsame Konflikte.

### **Mehr Entwicklungszusammenarbeit**

Zum Zeitpunkt der Millenniumserklärung sei das „Entwicklungshilfeglas“ zu drei Vierteln leer gewesen, nun sei es halb voll – mit steigender Tendenz. Der UNDP-Bericht sieht darin eine ermutigende Entwicklung, fordert aber weitere Schritte zur Erhöhung der Quantität und der Qualität der Hilfe. Der Bericht formuliert zwei einfache Botschaften: Erstens müsse die Entwicklungshilfe dauerhaft erhöht werden, damit die Millenniumsziele nicht verfehlt würden. *„Die Zeit kleiner schrittweiser Veränderungen ist vorbei“*, so der Report [S. 97]. Und zweitens würde mehr Entwicklungshilfe innerhalb der derzeitigen Strukturen nur zu suboptimalen Ergebnissen führen. Daher müssten die Strukturen der Hilfe geändert werden.

Der Report schließt sich den Schätzungen des Millenniumprojekts über die Kosten der MDGs und die gegenwärtige Finanzierungslücke an und fordert einen verpflichtenden Zeitplan zur stufenweisen Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BNE bis 2015. Wichtig sei dabei, dass die Hilfe in Form realer Transferleistungen erfolge. Der Bericht kritisiert in diesem Zusammenhang, dass das Berichtssystem der OECD es den Gläubigerregierungen erlaubt, Schuldenstreichungen in dem Jahr, in dem sie erfolgen, vollständig als ODA auszuweisen. Dadurch würden die Schuldenerleichterungen im Vergleich zu den realen Einsparungen der Schuldnerländer überbewertet. So seien z.B. die Schulden Äthiopiens im Rahmen der HIPC-Initiative 2003 um 1,3 Mrd. US-Dollar reduziert worden. Dies hätte den jährlichen Schuldendienst und damit die realen Kosteneinsparungen Äthiopiens aber nur um 20-40 Mio. US-Dollar gesenkt [S. 116].

Der HDR befasst sich auch mit den Argumenten, ein starker kurzfristiger Zustrom von Entwicklungshilfe könne von den armen Ländern gar nicht absorbiert werden, würde ihre Abhängigkeit von der Hilfe institutionalisieren und hätte möglicherweise eine Aufwertung der heimischen Währung („holländische Krankheit“) zur Folge [S. 124]. Der HDR weist all diese Vorbehalte gegen mehr Hilfe zurück. Es gäbe keine sicheren Beweise dafür, dass die armen Länder nicht in der Lage wären, mehr Hilfe wirksam zu nutzen. Wenn es Absorptionsprobleme gäbe, wäre die richtige Reaktion darauf, in den Aufbau der Infrastruktur zu investieren und die Transaktions-

kosten zu senken, anstatt auf die notwendige Erhöhung der ODA zu verzichten. Schwere wiegt nach Ansicht der Autoren von UNDP das Argument, der größere Zustrom von ODA würde den Anreiz bei den Regierungen schwächen, im Inland mehr Steuergelder zu mobilisieren. Uganda habe beispielsweise trotz hohen Wachstums seine niedrige Steuerquote nicht angehoben. Es gäbe aber auch Gegenbeispiele. So hätte Äthiopien trotz eines erheblichen Anstiegs der Hilfszuflüsse auch seine nationale Steuerquote erhöht. Schließlich gäbe es auch gegen die „holländische Krankheit“ Gegenmittel: Wenn die Entwicklungshilfe in die Infrastruktur, die landwirtschaftliche Produktion und die Investitionen in Humankapital fließe und nicht zu einem Nachfrage- und damit Konsumboom führe, könne dem Inflations- und Aufwertungsdruck entgegengewirkt werden [S. 125].

Zusätzlich zur notwendigen Erhöhung der ODA müsse aber auch die Qualität und Wirksamkeit der Hilfe verbessert werden. Die Geber sollten die Hilfe längerfristig bereitstellen und damit berechenbarer machen, sie sollten übertriebene Konditionalitäten beseitigen, die Koordination untereinander verbessern, Lieferbindungen vollständig abschaffen und einen größeren Teil der Mittel in Form direkter Budgethilfe bereitstellen [S. 126]. Konkret fordert der UNDP-Bericht in diesem Zusammenhang, dass bis 2010 70 Prozent der ODA in Form von Budgethilfe gewährt wird. Gleichzeitig sollte die Hilfe, die in den öffentlichen Sektor fließt, vollständig in den Staatshaushalten der Empfängerländer verbucht werden.

### Reformen im Welthandelssystem

Der internationale Handel hat allein aufgrund seines Volumens einen wesentlich größeren Einfluss auf die menschliche Entwicklung als die ODA-Transfers der Industrieländer. Die Handelspolitik der reichen Länder benachteiligt jedoch in hohem Maße die Entwicklungsländer. Der HDR wirft den Regierungen des Nordens „Heuchelei und Doppelmoral“ vor [S. 148]. Einerseits ließen sie keine Gelegenheit aus, von den Entwicklungsländern Marktöffnung und Handelsliberalisierung zu fordern, andererseits würden sie weiterhin ihre eigene Wirtschaft durch Zölle und hohe Exportsubventionen schützen.

Nach den Berechnungen von UNDP erlitten die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer allein durch die Agrarsubventionen der Industrieländer jährliche Einkommenseinbußen von rund 72 Mrd. US-Dollar. Diese Summe ist fast so hoch wie die weltweite ODA des Jahres 2004. Als besonders negative Beispiele nennt der HDR die Subventio-

nen von EU und USA für Zucker, Reis und Baumwolle.

Negative Wirkungen für die Entwicklungsländer hat auch die Praxis der Zolleskalation der Industrieländer. Der HDR nennt dies eine „perverse Besteuerung der Armen“. Während Rohstoffe mit niedrigen Einfuhrzöllen belegt sind, steigen die Zölle der Industrieländer mit jeder Fertigungsstufe. In Japan sind die Zölle auf verarbeitete Nahrungsmittel siebenmal so hoch wie auf Rohprodukte, in Kanada sogar zwölfmal so hoch [S. 165]. In der EU liegen die Zölle für Kakaobohnen zwischen null und neun Prozent, für verarbeitete Schokolade dagegen bei 30 Prozent.

Zusätzlich verschärft wird das Problem der unfairen Handelsregeln durch den Verfall der Rohstoffpreise [S. 181ff]. Als Beispiel nennt der HDR den globalen Kaffeemarkt. Die Exporterlöse der Kaffee produzierenden Länder sind zwischen Ende der 1980er Jahre und 2003 von rund 12 auf 5,5 Mrd. US-Dollar gesunken, obwohl die exportierte Kaffeemenge gestiegen ist. In Äthiopien sind die Exporteinnahmen von 494 Mio. US-Dollar 1985 auf 178 Mio. US-Dollar 2003 gesunken, und damit auch die Haushaltseinkommen der Äthiopier, die vom Kaffeeanbau leben. Im selben Zeitraum ist der Einzelhandelsumsatz der Kaffeewirtschaft in den reichen Ländern von 30 auf 80 Mrd. US-Dollar gestiegen – und damit auch die Gewinnspannen der Kaffeeröster und Händler. Ein weiteres Beispiel dafür, wie sich durch die gegenwärtigen Weltmarktbedingungen die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet.

Als Konsequenz fordert der UNDP-Bericht grundlegende Veränderungen der Welthandelsregeln. Die gegenwärtige Doha-Runde der WTO böte dazu eine „entscheidende Gelegenheit“. Grundsätzlich fordern die Autoren des HDR eine Abkehr von dem Glauben, dass Marktöffnung und Exportwachstum automatisch menschliche Entwicklung fördere. Auf die Entwicklungsländer sollte kein weiterer Liberalisierungsdruck ausgeübt werden, solange die Industrieländer nicht selbst zum Abbau ihrer Handelshemmnisse bereit sind. Notwendig seien massive Kürzungen der staatlichen Agrarzuschüsse, das Verbot von Exportsubventionen und die drastische Senkung der Barrieren gegenüber Exporten aus Entwicklungsländern.

### Mehr Hilfe für Konfliktregionen

In seinem dritten Schwerpunkt befasst sich der HDR mit der Frage, welche Folgen gewaltsame Konflikte für die menschliche Entwicklung, insbesondere in den armen Ländern, haben. Der Bericht schließt damit an die Diskussionen an, die vom High-level Panel on Threats, Challenges

and Change in seinem Bericht Ende 2004 angestoßen wurde. Der HDR betont die indirekten sozialen und humanitären Folgen von Konflikten. Vor allem in Afrika würden in Folge von gewaltsamen Konflikten mehr Menschen an Krankheiten und Unterernährung sterben als durch direkte Waffengewalt. Ein drastisches Beispiel sei die Situation in der sudanesischen Region Darfur. Dort ist die Kindersterblichkeit drei- bis sechsmal höher als im Rest des Landes.

Um den Teufelskreis aus Armut und gewaltsamen Konflikten zu durchbrechen, müsse die internationale Gemeinschaft in den betroffenen Regionen aktiver werden. Es wäre kontraproduktiv, gerade den Ländern, die in einem Konflikt stecken oder ihn gerade überwunden haben, die Entwicklungshilfe zu verweigern. Die Hilfe müsse im Gegenteil aufgestockt werden und gleichzeitig an klare und transparente Bedingungen geknüpft werden.

Besonders wichtig sei dabei ein ganzheitlicher Ansatz, um den Übergang von einem Konflikt zu dauerhaften Frieden zu unterstützen. Der UNDP-Bericht begrüßt in diesem Zusammenhang den Vorschlag, eine neue Kommission für Friedenskonsolidierung unter dem Dach der Vereinten Nationen einzurichten. Diese müsse aber auch mit den erforderlichen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Als weitere Maßnahmen zu Überwindung von Konflikten fordert der HDR, bei der UN-Kleinwaffenkonferenz 2006 ein verbindliches Abkommen zum Waffenhandel zu verabschieden. Außerdem unterstützt er Initiativen, um die Transparenz der Zahlungsflüsse von transnationalen Unternehmen an Regierungen des Südens im Bereich der extraktiven Industrien zu fördern. In diesem Zusammenhang unterstützt der UNDP-Bericht den Vorschlag der von Tony Blair eingesetzten Afrika-Kommission, eine internationale Rahmenregelung zu schaffen, damit korrupte Praktiken transnationaler Unternehmen im Ausland am Unternehmenssitz strafrechtlich verfolgt werden können.

### 3 Schlussfolgerungen

UNDP hat sowohl hinsichtlich des Umfangs als auch hinsichtlich der thematischen Bandbreite des Reports 2005 seinen bislang umfangreichsten Bericht über die menschliche Entwicklung vorgelegt. Sein Empfehlungskatalog zur Entwicklungshilfe, Handelspolitik und Konfliktbearbeitung bringt allerdings wenig Neues. Er bestätigt vielmehr die zahlreichen Berichte und Forderungslisten, die im Vorfeld des Millennium+5-Gipfels erschienen sind. Der Mehrwert des HDR liegt in seiner klaren (und teilweise erfreulich undiplomatischen) Sprache, sowie den Zahlen,

Fakten und Fallbeispielen, mit denen die Autoren ihre Analysen und Forderungen untermauern. Die Entscheidung, den Report unmittelbar vor dem Millennium+5-Gipfel in New York zu veröffentlichen, hat seiner Öffentlichkeitswirkung nicht unbedingt genützt. In den Verhandlungsquerelen in den Tagen vor dem Gipfel ging der Report eher unter, im Abschlussdokument des Gipfels spiegeln sich seine Empfehlungen kaum wider. Ähnliches ist auch für die WTO-Ministertagung in Hongkong zu befürchten.

In den Entwicklungsländern wurden unmittelbar nach der Veröffentlichung des Reports weniger seine Analysen und politischen Forderungen diskutiert, als vielmehr das Ranking einzelner Länder. So haben beispielsweise die Medien in Kenia den kontinuierlichen Fall des kenianischen HDI seit 1990 zum Anlass genommen, die Armutsorientierung der heimischen Politik in Frage zu stellen. Dies ist ein Beispiel dafür, wie der HDR durch seine blanken Zahlen dazu beitragen kann, gesellschaftliche Debatten über Entwicklungswege und Anti-Armutspolitik zu initiieren.

Ein wichtiger Aspekt des diesjährigen HDR, der neben den drei Hauptthemen nicht übersehen werden sollte, ist sein Fokus auf das Thema „Ungleichheit und menschliche Entwicklung“. Es ist in diesem Zusammenhang äußerst bemerkenswert, dass innerhalb weniger Wochen eine Reihe weiterer internationaler Berichte die Themen „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ aufgegriffen haben. So befasst sich der diesjährige Weltentwicklungsbericht der Weltbank mit dem Thema „Gerechtigkeit und Entwicklung“, und der Weltsozialbericht 2005 der Vereinten Nationen hat den Titel „Das Schicksal der Ungleichheit“. Gemeinsam mit diesen Veröffentlichungen kann der Bericht über die menschliche Entwicklung dazu beitragen, die enge Orientierung auf die Millenniumsziele zu überwinden und den entwicklungspolitischen Diskurs wieder verstärkt auf Fragen der Verteilung und der sozialen Gerechtigkeit zu richten. Auf diesen „blinden Fleck“ des MDG-Ansatzes hinzuweisen und eine Weiterentwicklung der Ziele und Indikatoren anzuregen, ist möglicherweise der wichtigste Impuls, der vom HDR 2005 ausgeht.

*Der Autor:*

*Jens Martens leitet das Europabüro des Global Policy Forums.*

## 4 Quellen

UNDP, 2005: Human Development Report 2005. International cooperation at a crossroads: Aid, trade and security in an unequal world. New York: UNDP (deutsche Ausgabe: Bericht über die menschliche Entwicklung 2005. Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt: Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt. Berlin: DGVN).

Website: <http://hdr.undp.org/reports/global/2005/>

### *Weitere Quellen:*

High-level Panel on Threats, Challenges and Change, 2004: A more secure world: Our shared Responsibility. New York: UN. (UN Dok. A/59/565 vom 2. Dezember 2004)

Website: [www.un.org/secureworld/](http://www.un.org/secureworld/)

Social Watch, 2005: Social Watch Report 2005. Roars and Whispers. Gender and Poverty: Promises vs. Action.

Website: [www.socialwatch.org](http://www.socialwatch.org)

World Bank, 2005: World Development Report 2006. Equity and Development. Washington, D.C.: World Bank.

Website: [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

UN, 2005a: Report on the World Social Situation 2005. The Inequality Predicament. New York: UN.

Website: [www.un.org/esa/socdev/rwss/rwss.htm](http://www.un.org/esa/socdev/rwss/rwss.htm)

UN, 2005b: The Millennium Development Goals Report 2005. New York: UN.

Website: <http://unstats.un.org/unsd/mi/pdf/MDG%20Book.pdf>

UN Millennium Project, 2005: Investing in Development. A Practical Plan to Achieve the Millennium Development Goals. New York: UNDP.

Website: [www.unmillenniumproject.org](http://www.unmillenniumproject.org)

UN Secretary-General, 2005: In larger freedom: towards development, security and human rights for all. New York: UN (UN Dok. A/59/2005 vom 21. März 2005) (dt.: „In größerer Freiheit: Auf dem Weg zu Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechten für alle“).

Website: [www.un.org/largerfreedom/](http://www.un.org/largerfreedom/)

Mehr Informationen finden Sie unter  
[www.fes.de/globalization](http://www.fes.de/globalization)

---

The views expressed in this publication are not necessarily the ones of the Friedrich-Ebert-Stiftung or of the organization for which the author works.

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastrasse 17  
10785 Berlin  
Germany  
Tel.: ++49-30-26-935-914  
Fax: ++49-30-26-935-959  
Roswitha.Kiewitt@fes.de  
[www.fes.de/globalization](http://www.fes.de/globalization)

Global Policy Forum Europe  
Bertha-von-Suttner-Platz 13  
53111 Bonn  
Germany  
Tel.: +49 - (0) 228-9650 510  
Fax: +49 - (0) 228-9638 206  
[europe@globalpolicy.org](mailto:europe@globalpolicy.org)  
[www.globalpolicy.org](http://www.globalpolicy.org)